

Samstag, 20. Oktober 2018, Offenbach-Post / Offenbach

Bei Podiumsdiskussion stellen sich Politiker den Fragen der Theodor-Heuss-Schüler

## Realitätsschock bleibt aus



Interessiert verfolgten die Theodor-Heuss-Schüler die Podiumsdiskussion mit Politikern aus fünf Parteien. Nur die AfD erschien trotz Einladung nicht. ■ Foto: Schade

OFFENBACH ■ Ob Lehrermangel, Integration oder soziale Gerechtigkeit: Bei einer Podiumsdiskussion in der der Theodor-Heuss-Schule (THS) stellten sich Politiker aus fünf Parteien zwei Stunden lang den Fragen der Schüler. Nur eine Partei war der Einladung nicht gefolgt: die AfD.

Von Veronika Schade

Die Landtagswahl rückt näher, für viele der Oberstufenschüler des beruflichen Gymnasiums und der Fachoberschule die erste ihres Lebens. Aus diesem Anlass lud die Fachgruppe Politik und Wirtschaft Politiker zur Diskussionsrunde an die Schule ein. Teilnehmer sind der hessische Sozialminister Stefan Grüttner von der CDU, die SPD-Landtagskandidatin Nadine Gersberg, der FDP-Direktkandidat Oliver Stirböck, die Linken-Landtagsabgeordnete Janine Wissler und Mathias Wagner, Vorsitzender der Grünen im Landtag.

Eingeladen ist auch die AfD-Kandidatin Christin Thüne, die jedoch kurzfristig absagt. Hellmut Merrettig, der sie vertreten soll, lässt ebenfalls die Chance ungenutzt, mit den jungen Leuten ins Gespräch zu kommen. Kuriosum am Rande: Bei einer Podiumsdiskussion anlässlich der Oberbürgermeisterwahl in Offenbach im vergangenen Jahr an der Leibnizschule ist es ausgerechnet Thüne, die lautstark auf ihr Recht pocht, mitdiskutieren zu dürfen. Eine Einladung erhielten jedoch nur die drei aussichtsreichsten Kandidaten.

Die Moderation übernehmen die angehenden Abiturientinnen Azada

Sharifi und Mina Shamal. Etwa nach dem Lehrermangel, der laut Sozialminister Grüttner gar nicht so gravierend ist: „Zur Abdeckung aller Schulstunden in Hessen wären 38000 Lehrer notwendig, an unseren Schulen arbeiten 54000. Damit hat unsere Landesregierung eine Riesenleistung vollbracht.“ Das sehen die Kolleginnen von SPD und Linken anders. Es handele sich um Quereinsteiger statt ausgebildeter Lehrkräfte, die Wege in den Beruf durch den Ausbau von Studien- und Referendariatsplätzen erleichtert werden. Zusätzlich würden mehr Sozialpädagogen gebraucht und Schulleitungen müssten entlastet werden.

Grüttner fordert mehr Realitätssinn bei den Wünschen. „Wir müssen finanziell leistungsfähig bleiben, nicht noch mehr Schulden hinterlassen.“ Das ärgert Gersberg: „Für Jugendliche spielen abstrakte Schulden keine Rolle. Wir brauchen Investitionen in Bildung. Das Geld kann man woanders einsparen.“

Beim gegliederten Schulsystem scheiden sich ebenfalls die Geister. SPD und Linke wollen eine Einheitsschule bis zur zehnten Klasse. „Eine zu frühe Auslese nach der vierten Klasse zementiert nur die unterschiedlichen Startchancen von Kindern aufgrund ihrer sozialen Herkunft“, betont Wissler. Dem widersprechen CDU und FDP. „Die Wahlfreiheit in einem gegliederten Schulsystem ist fair, fördert die Schüler am besten und ist auch das, was die Eltern sich wünschen“, so FDP-Mann Oliver Stirböck.

Einen Schlagabtausch provoziert das Thema kostenloser Nahverkehr für Schüler. „Allein die ganzen Dieselsubventionen abzuschaffen würde genügen, um ihn zu finanzieren“, findet Wissler. „Die Linken sind groß darin, das Geld anderer Leute auszugeben, nach dem Motto Freibier für alle“, kontert Stirböck. Zuerst müsse der Nahverkehr ausgebaut werden.

Zustimmung erhält der gemeinsame überkonfessionelle Religionsunterricht, wie er an der THS im Sinne der Integration angeboten wird. Die Regierungsparteien CDU und Grüne fordern aber, weiterhin auch konfessionsbezogenen Unterricht zu ermöglichen. „Jeder Schüler sollte ein Angebot für seinen persönlichen Glauben vorfinden. Glauben stiftet Identität, das ist ein unglaublicher Wert“, so Grünen-Chef Wagner.

Bewegend für viele Schüler ist das Thema Abschiebungen nach Afghanistan, die den Parteien zustimmen, die diese völlig ablehnen. Emotional wird es auch, als die Moderatorinnen das Video zum Song „Ich bin kein Nazi, aber“ des Rappers Eko Fresh zeigen, das die derzeitige Stimmung in Deutschland, ihre Phrasen und Vorurteile, wiedergibt. Was tun dagegen? „Auch die Politik muss verbal abrüsten“, findet Stirböck. Wissler stimmt zu: „Den AfD-Sprachgebrauch zu übernehmen, macht diese nur stark.“ „Courage zeigen“, fordert Gersberg. „Ihr müsst euch einmischen, die Verantwortung liegt bei uns allen.“ Alle bedauern, dass die AfD sich nicht dazu äußern kann. „Das wäre ein Realitätschock geworden“, meint Stirböck.

Am Ende wird per Handy-App gemessen, wer den lautstärksten Applaus erhalten hat: Es ist Janine Wissler von der Linken.